



Industrie Energie

NEWSLETTER DER IG METALL FÜR EINE NACHHALTIGE INDUSTRIE-, STRUKTUR- UND ENERGIEPOLITIK

Betriebsräte diskutieren: Energie-wende braucht Rückenwind Seite 2	Marktwirtschaftsstatus für China? Seite 3	Neue Broschüren: Branchenreport „Holzbearbeitungsmaschinen“ und „Heizungsindustrie“ Seite 4	2 2016
--	---	---	------------------

DER EUROPÄISCHE FONDS FÜR STRATEGISCHE INVESTITIONEN („JUNCKER-PLAN“) – EINE KRITISCHE ZWISCHENBILANZ

Wenig zielführender Schritt

Mit der 2014 unter dem Präsidenten der EU-Kommission Jean-Claude Juncker betriebenen Neuausrichtung der Industriepolitik und einer europäischen „Investitionsoffensive“ sollte die Industrie in Europa gestärkt und weiteren Verlagerungen von Arbeitsplätzen ins außereuropäische Ausland vorgebeugt werden. Was dann aber als „Juncker-Plan“ seinen Lauf nahm, kann allenfalls als kleiner und wenig zielführender Schritt auf dem Weg zu mehr Investitionen und Wachstum in Europa gewertet werden.

werden, ob sich die 100 Mrd. Euro tatsächlich aus „zusätzlichen“ Investitionen zusammensetzen.

Ein Großteil der Investitionsprojekte wäre wohl auch ohne EFSI unter dem Dach der Europäischen Investitionsbank, europäischer Förderprogramme oder nationaler Förderbanken zustande gekommen. Überdies zeigt sich, dass die Investitionen nicht dorthin fließen, wo sie am dringendsten benötigt werden: Beispielsweise hat Griechenland trotz schwerwiegendster wirtschaftlicher Probleme bisher kaum vom EFSI profitiert.

ZUSÄTZLICHE INVESTITIONEN FÖRDERN!

Nach den Plänen der Kommission soll nun die Laufzeit verlängert werden. Die IG Metall fordert, dass die Neuauflage des EFSI mit einer starken Erhöhung der Finanzierungsgrundlage einhergehen muss, so dass auch wirklich zusätzliche Investitionen gefördert werden können. Die umgeschichteten 21 Mrd. Euro reichen bei Weitem nicht aus. Sie erscheinen marginal im Vergleich zu den 236 Mrd. Euro, die allein in Deutschland für die Bankenrettung in Rahmen der Finanzkrise ausgegeben wurden.

Die IG Metall ist ferner der Ansicht, dass der dem EFSI entgegenwirkende Sparkurs in Europa beendet werden muss. Die Mitgliedstaaten brauchen größere Spielräume für öffentliche Investitionen. Diese müssen daher vom Fiskalpakt ausgenommen werden. In Ländern wie Deutschland, wo Budgetfreiräume für Investitionen auch ohne Schuldenbremse bestehen, müssen die Haushaltsüberschüsse schon jetzt für dringend benötigte Investitionen herangezogen werden.



PantherMedia

Aus Sicht der IG Metall braucht Europa mehr Investitionen. Im Vergleich zum Höchststand vor der Krise 2007/2008 hat sich die Investitionstätigkeit in der EU um rund 15 Prozent verringert. Dies betrifft sowohl öffentliche, als auch private Investitionen. Eine schwache Binnennachfrage, langfristiges niedriges Wachstum sowie letztlich Stagnation und Rückbau von Industriearbeitsplätzen sind Folgen dieser zunehmenden Investitionsschwäche in Europa.

Herzstück des „Juncker-Plans“ ist der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI). Auf Grundlage von 21 Mrd. Euro sollte mittels Kreditvergabe und

Ko-Finanzierung das 15-fache an Investitionen innerhalb von drei Jahren zusammenkommen. Insgesamt 315 Mrd. Euro sollten auf diese Weise in Infrastruktur- und Innovationsprojekte sowie KMUs fließen. In Deutschland beispielsweise wurden so Investitionen in ein Kieler Gasmotorenheizkraftwerk und in ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt der Heidelberger Druckmaschinen gefördert.

Ein Jahr nach dem Inkrafttreten des EFSI zieht die Kommission nun eine positive Zwischenbilanz: Bisher seien Investitionen im Volumen von mehr als 100 Mrd. Euro getätigt worden. Damit befinde sich der EFSI im Soll. Es darf jedoch bezweifelt

BETRIEBSRÄTE DISKUTIEREN REFORM DES ERNEUERBARE-ENERGIEN-GESETZES (EEG)

Energiewende braucht Rückenwind

Es waren intensive Verhandlungen notwendig, bis sich alle Beteiligten auf den nun vorliegenden Gesetzentwurf zur Reform des EEG verständigten. Strittige Punkte gab es nicht nur zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern, sondern auch innerhalb der Regierungskoalition.

Beim Fachgespräch der IG Metall am 2. Juni 2016 in Berlin haben Betriebsräte aus unterschiedlichen Branchen – von der Stahl- bis zur Wind- und Photovoltaik-Industrie – ihre Forderungen mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik diskutiert. Mit dabei waren Repräsentanten des Bundeswirtschaftsministeriums und von Fachverbänden sowie die energiepolitischen Sprecher der Regierungsfraktionen. Am 8. Juni 2016 hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Reform des EEG beschlossen. Damit kann der Entwurf in die parlamentarische Beratung gehen, die noch bis zur Sommerpause abgeschlossen werden soll. Die IG Metall hatte im Vor-

feld deutliche Kritik an einzelnen Reformvorschlägen geübt und sich unter anderem im Bündnis mit den Branchenverbänden an der „betrieblichen Warnminute 5 vor 12 für die Energiewende“ beteiligt. Das hat Wirkung gezeigt. Im Gesetzentwurf sind einige wesentliche Änderungen vorgenommen worden. Diese betreffen insbesondere den zukünftigen Ausbau der Windenergie an Land. Unter anderem wird es die so genannte Windformel, die die Ausbaumenge für Wind an Land sehr restriktiv festlegen sollte, nicht geben. Für Wind an Land ist ein Ausbaukorridor von 2800 MW und ab 2020 von 2900 MW (brutto) pro Jahr vorgesehen. ➤

BETRIEBLICHE WARNMINUTE

„5 vor 12 für die Energiewende“

Die IG Metall hatte für den 25. Mai 2016 zusammen mit dem Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) zu einer „Warnminute“ mit Kundgebungen und Demonstrationen aufgerufen. Bundesweit haben in Betrieben, Windparks und bei Anlagebetreibern über 200 Aktionen mit rund 30 000 Beteiligten stattgefunden.

HANDELSBEZIEHUNGEN ZWISCHEN EU UND CHINA

Marktwirtschaftsstatus für China?

Die EU diskutiert aktuell darüber, ob sie China den Status einer Marktwirtschaft gewähren soll. Diese technische Frage der Handelspolitik hat enorme wirtschaftliche Konsequenzen für die europäische Industrie und ihre Arbeitsplätze.

China ist in den letzten Jahrzehnten zu einem der zentralen Handelspartner Europas herangewachsen. Das Land ist nicht nur wichtigster Warenlieferant der Europäer, sondern auch größter Absatzmarkt für europäische Industriegüter. Allerdings sind die chinesischen und europäischen Handelsbeziehungen aktuell belastet: Die chinesische Regierung hat in den letzten Jahren für Überkapazitäten auf dem Weltmarkt gesorgt. Durch die abflauende chinesische Konjunktur werden diese über Preisdumping auf den Weltmarkt gedrückt. Dies bekommt derzeit vor allem die europäische Stahlindustrie schmerzlich zu spüren. Die betroffenen europäischen Industriezweige können diesem Preisdruck kaum standhalten.

Bisher können chinesische, als Dumping eingestufte Exporte in die EU mit Schutzbeziehungsweise Strafzöllen belegt werden. Aktuell sind 52 Antidumping-Maßnahmen der EU gegen China in Kraft – vor allem in den Branchen Stahl, Maschinenbau, Chemie und Keramik. So gilt beispielsweise für chinesische Solarpaneele ein Mindestpreis in der EU, da Brüssel die Preispolitik der chinesischen Hersteller 2013 als unfair eingestuft hat. Die EU hat diese Strafmaßnahmen Ende 2015 um ein weiteres Jahr verlängert. Bis Dezember 2016 muss die EU – laut Beitrittsprotokoll Chinas zur WTO – entscheiden, ob das Land den Marktwirtschaftsstatus erhält. Bis dahin will sie auch geklärt haben, wie es mit dem Antidumping-Verfahren weitergehen soll. Darüber



haben Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, und Betriebsräte aus der Stahlindustrie sowie dem Maschinenbau erst kürzlich mit Mitgliedern des Europäischen Parlamentes diskutiert. Lemb und die Parlamentarier betonten, dass sich Europa auch in Zukunft gegen unfaire Handelspraktiken Chinas wehren muss. Die europäischen Industrien brauchen wirksame Schutzmaßnahmen – wie etwa Strafzölle –, die gegen Preisdumping verhängt werden können. Die EU muss ihre eigene handelsrechtliche Gesetzgebung dringend weiterentwickeln und präzisieren. Es gilt sicherzustellen, dass in Zukunft schneller und wirksamer gehandelt werden kann.



Gemeinsamen Kundgebung in Bremerhaven zur Warnminute bei Senvion, PowerBlades, Adwen und Lloydwerft. Karsten Behrenwald, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Bremerhaven, spricht vor den Kolleginnen und Kollegen.

► Fortsetzung von Seite 2

Allerdings wird es wegen des schleppenden Ausbaus des Stromnetzes zusätzliche Einschränkungen in Norddeutschland geben.

Die Ausbauziele für Wind auf See werden fortgeschrieben. So genannte Bürgerenergieprojekte werden es bei Ausschreibungen leichter haben. Ob ihnen dies hilft, ist eher ungewiss.

Auch die Rahmenbedingungen für die Solarindustrie hat der Entwurf nicht verbessert. Begrenzungen der EEG-Umlagekosten für die energieintensive Industrie will die Bundesregierung wirksam aufrechterhalten. Eine EU-rechtlich abgestimmte Regelung ist derzeit in der Diskussion.

Tagungsberichte

BRANCHENTAGUNG „INDUSTRIEARMATUREN“: ARBEITSBELASTUNGEN REDUZIEREN

Das diesjährige Treffen, an dem zwanzig IG Metall-Betriebsräte aus der Industriearmaturen-Branche teilnahmen, befasste sich mit dem Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM).

Vorbehalte gegen dieses gesetzliche Instrument existieren nicht nur auf der Seite der Geschäftsführungen. Auch bei Betriebsräten und in Belegschaften überwiegen noch häufig die kritischen Stimmen. Dabei sind die Krankenstände infolge der Arbeitsbelastungen und des

Altersdurchschnitts in der Branche noch immer sehr hoch.

Das BEM ist ein gesetzliches Instrument, um die Arbeitssituation für den einzelnen Beschäftigten zu verbessern. Gesundheit zu schützen und Arbeitsbelastungen zu reduzieren, sind Ziele, die vor allem auch Betriebsräte mit BEM verfolgen. Welchen Kriterien eine gute Betriebsvereinbarung zum Thema genügen muss, hat Nils Bolwig, BEM-Experte der IG Metall, mit seinem fachlichen Input verdeutlicht.

Die Unternehmensberichte zeigten ein differenziertes Bild bei den Industriearmaturen. Das Embargo gegen Russland, die nachlassende chinesische Nachfrage und der fallende Ölpreis machen vielen Betrieben zu schaffen.

Dennoch überwiegen die positiven Geschäftsaussichten. Dies lässt sich jedoch in zwei von US-amerikanischen Muttergesellschaften geführten Unternehmen leider nicht behaupten. Entlassungen und Sozialpläne stehen dort an.

BRANCHENTAGUNG „AUFZÜGE UND FAHRTREPPEN“: FERNWARTUNGSSYSTEME IM FOKUS

Die teilnehmenden Betriebsräte aus den so genannten Big4-Unternehmen – KONE, Otis, Schindler und ThyssenKrupp – befassten sich bei der diesjährigen IG Metall-Branchentagung „Aufzüge und

Fahrtreppen“ intensiv mit Fernwartungssystemen. Im Mittelpunkt stand die Frage: Erleichtern die digitalen Wartungssysteme nur die Bedienung und den Service, oder weitet sich die technische Überwachung der Anlagen auch auf das Verhalten der Beschäftigten im Service aus? In der Diskussion ging es um entsprechende Handlungs- und rechtliche Regelungsmöglichkeiten. Aber auch die strukturellen

Veränderungen bei der Beschäftigung, die Wolfgang Lemb analysierte, wurden problematisiert. So haben die großen Unternehmen teilweise die Stammebelegschaft reduziert und setzen gleichzeitig – vor allem bei den Montagearbeiten – verstärkt auf Werkverträge, Subunternehmen und Leiharbeit. Die Berichte aus den Unternehmen ergänzten das Bild. Diskutiert wurde ferner über tarifliche Regelungen für Auswärtstätigkeiten sowie über solche gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen. Ein weiteres Themenfeld: der Schutz vor Asbest.



Neue Broschüren

BRANCHENREPORT HOLZBEARBEITUNGSMASCHINEN

Der Holzbearbeitungsmaschinenbau ist ein Hightech-Sektor des Maschinen- und Anlagenbaus. Er nimmt eine führende Rolle im globalen Wettbewerb ein. Die Weltmarktführerschaft basiert darauf, dass die Unternehmen Produkte und Prozesse beherrschen und kontinuierliche Verbesserungsprozesse etabliert haben. Aber insbesondere die fortschreitende Digitalisierung wird die Holzbearbeitungs-

maschinenindustrie stark verändern – mit gravierenden Folgen für die Arbeitsbedingungen in der Branche.

Mit dem Branchenreport liefert die IG Metall Denkanstöße, bezieht Position und gibt Handlungsempfehlungen für Betriebsräte, Vertrauensleute und Beschäftigte der Branche, um die neuen Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Die darin enthaltenen Einschätzungen und

Forderungen wird die IG Metall gegenüber den Unternehmen, dem Arbeitgeberverband und der Politik vertreten.

➤ [Link zum Bezug der Broschüre](#)



BRANCHENREPORT HEIZUNGSINDUSTRIE

Die deutsche Heizungsindustrie ist technologisch führend und auf den internationalen Märkten gut positioniert. Für die Energiewende hat sie eine Schlüsselfunktion – national wie global. Eine hohe Produkt- und Technologievelfalt kennzeichnet die Branche. Diese reicht von klassischen Öl- und Gasgeräten bis hin zu Wärmepumpen, Speichertechnik, Solarthermie, Hybridsystemen und Brennstoffzellen-Technologie.

Der Branchenreport stellt die aktuellen Produktinnovationen vor. Höhere Energieeffizienz, Systemtechnik und Digitalisierung stehen dabei im Mittelpunkt. Neben Markttrends und Unternehmensstrategien werden die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten beleuchtet. Auf der Basis des Reports entwickelt die IG Metall gemeinsam mit Betriebsräten aus der Branche Anforderungen an die

Politik und die Arbeitgeber im Interesse der Beschäftigten in der Heizungsindustrie.

➤ [Bestellungen über: susanne.schwarz@igmetall.de](#)



Tagungshinweise

MASCHINENBAUKONFERENZ 29.-30. SEPTEMBER 2016 IN BERLIN

Der Maschinen- und Anlagenbau ist mit über einer Million Beschäftigten eine der wichtigsten Industriebranchen der deutschen Wirtschaft. Er steht gegenwärtig gut da, ist aber mit großen Herausforderungen konfrontiert. Der internationale Wettbewerbsdruck gerade aus China und im Hightech-Segment nimmt zu. Auch der Klimawandel, die Digitalisierung des Maschinenparks und die Überalterung der Belegschaften erfordern große Anstrengungen in den Unternehmen, um die geforderten Anpassungsprozesse zu bewältigen. Auf ihrer Konferenz wird die IG Metall gemeinsam mit ihren Betriebsräten darüber diskutieren, wie diese Anstrengungen in den Betrieben zu meistern sind. Mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wissenschaft werden Handlungsoptionen ausgelotet. Als Gastredner konnte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel gewonnen werden. Professor Thomas Bauernhansl vom Fraunhofer Institut wird die technologischen Zukunftstrends beleuchten. Jörg



Hofmann und Wolfgang Lemb werden für den IG Metall Vorstand das Gespräch mit den Teilnehmenden führen.

➤ [Anmeldung und weitere Informationen: susanne.schwarz@igmetall.de](#)

RE-INDUSTRIALISIERUNG EUROPAS! 7. JULI 2016 IN FRANKFURT AM MAIN

Europa wird seine massiven Krisen nur überwinden, wenn der Verfall des industriellen Fundaments gestoppt wird. Voraussetzung dafür ist ein intelligentes europäisches Industriekonzept und eine aktive, vorausschauende Industriepolitik. Ein solches Konzept muss aber auf den spe-

zifischen nationalen Strukturen und institutionellen Gegebenheiten in den Mitgliedsstaaten aufbauen. Die IG Metall will darüber auf der Tagung „Re-Industrialisierung Europas! Konzepte und Perspektiven“ mit Wissenschaftlern und Gewerkschaftern aus verschiedenen europäischen Mitgliedsländern diskutieren und aktuelle industriepolitische Trends und Perspektiven für einen Pfadwechsel beleuchten.

➤ [Anmeldung und weitere Informationen: sarah.menacher@igmetall.de](#)

Impressum

Herausgeber: IG Metall Vorstand, VBo4, 60329 Frankfurt/Main
Verantwortlich: Wolfgang Lemb
Redaktion: Astrid Ziegler, Peter Kern, Angelika Thomas, Sascha Tremel, Michael Jung, Max Waclawczyk
Textbearbeitung, Satz und Layout: WAHLE COM, 56479 Elsoff
Fotos: IG Metall, Siemens, busse-und-bahnen.nrw.de
Kontakt und Bestellung: ise@igmetall.de
Datum: 06/2016